



2. Die Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2022 und 2023 wird jeweils von 60,0 TEUR um 20,0 TEUR auf 80,0 TEUR erhöht.
3. Von den Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 80,0 TEUR fällig.
4. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 09	Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
Kapitel 0901	Ministerium
MG 59	Informationstechnik -ressortintern-
Titel 511.04	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (ohne Fernmeldegebühren)

für die Jahre 2022 und 2023 jeweils

von 1 797,3 TEUR  
um 20,0 TEUR  
auf 1 777,3 TEUR

gesenkt.

#### **Franz-Robert Liskow und Fraktion**

#### **Begründung:**

Querschnittsaufgaben der psychosozialen Prozessbegleitung sind die aktive fallunabhängige Vernetzung der Begleiter im sozialen, pädagogischen, juristischen und medizinischen Bereich, die Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf psychosoziale Prozessbegleitung und insbesondere die psychosoziale Prozessbegleitung außerhalb des eigentlichen Strafverfahrens.

Beraten wird zum Ablauf der polizeilichen Vernehmung, zu Rechten und Opferschutzmaßnahmen, zur Kontaktvermittlung und gegebenenfalls Begleitung zur Anzeigeerstattung, zur Möglichkeit der anwaltlichen Vertretung und Begleitung und zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten wie den Weißen Ring. Angeboten werden Gespräche mit Angehörigen und anderen Bezugspersonen und die Unterstützung bei der Antragstellung für die psychosoziale Prozessbegleitung.

Die steigende Anzahl von Gewalt- und Sexualstraftaten erhöhen Anzahl und Umfang der Querschnittsaufgaben der Einrichtungen der psychosozialen Prozessbegleitung und führen zu einer Erhöhung des Kostenansatzes.